

Stadt  **Rottweil**

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Dr. Christian Ruf
zur Einbringung des Haushalts 2022
in der Sitzung des Gemeinderats am 14.12.2022**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

das Ergebnis vorweg: Der Haushalt 2023 kann sich trotz aller Unsicherheiten sehen lassen! Es sind Unsicherheiten, die von außen kommen, es sind Unsicherheiten, die sich unserem Wirkungskreis entziehen. Und dennoch sind es Unsicherheiten, denen wir entschieden begegnen und auf die wir in diesem Planwerk auch Antworten aufzeigen.

Selten hat ein Jahr die ungewissen Planungshorizonte so sehr verdeutlicht, wie das bald abgelaufene Jahr 2022. Wähten wir uns Ende Februar 2022 zumindest langsam auf einem sich verbessernden Weg in Bezug auf Corona, wurde uns sehr rasch klar, dass der Krieg in der Ukraine unmittelbaren Einfluss auf unser aller Leben nehmen würde.

Wir finden uns deshalb seit dem März 2020, also seit nunmehr über zweieinhalb Jahren in einem sehr arbeitsintensiven Krisenmodus. Die viel zitierte Zeitenwende hat zumindest teilweise eine Verschiebung der Prioritäten mit sich gebracht. Themen wie etwa der Katastrophenschutz und die Sicherung der Energieversorgung haben eine ganz andere Bedeutung bekommen. Mit wachsamem und gleichzeitig besorgtem Blick verfolgen wir den weiteren Verlauf von Konjunktur und Inflation.

Im vorliegenden Planwerk ist es daher umso erfreulicher, dass wir im laufenden Betrieb – mit Ausnahme vom Jahr 2025 – durchgängig Überschüsse im ordentlichen Ergebnis erzielen. Auch die Zahlungsmittelüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit sind erfreulich und liegen bei durchschnittlich 5 Millionen Euro.

Wir legen Ihnen ein gewaltiges Investitionsprogramm mit einem Volumen von rund 116 Millionen Euro vor. Die Finanzierung erfolgt zu 17 Prozent aus

Zahlungsmittelüberschüssen, zu 37 Prozent durch Einzahlungen aus Investitionstätigkeit, zu 21 Prozent mit unseren in den Vorjahren angesammelten liquiden Mitteln und zu 25 Prozent durch Kreditaufnahmen. Die Kreditaufnahmen sind gerechtfertigt und sinnvoll. Sie ergeben sich dabei nicht, wie bisweilen gehört, aus der Landesgartenschau, sondern sind vielmehr erforderlich, um die Chancen, die die Landesgartenschau uns weit über das Kerngelände hinaus für unsere Stadtentwicklung und unseren Strukturerhalt bietet, zu ergreifen. Das Investitionsprogramm ist deshalb bei Weitem nicht nur von der Landesgartenschau geprägt, sondern bedient alle Bereiche unseres Aufgabenspektrums.

Bildung und Betreuung

Der Bereich Bildung und Betreuung ist seit vielen Jahren der politisch und finanziell am stärksten priorisierte Bereich – und dies ist auch gut so. Nur durch diese Bildungs- und Betreuungspolitik, die in all den Jahren von einer großen Verlässlichkeit geprägt war und ist, bleibt unsere alte Stadt jung.

Die Stadt Rottweil investiert sehr viel Geld in ihre Schulen und Kindergärten. Im Schulbereich allein 16 Millionen für das Leibniz Gymnasium (2011–2014) und für die Eichendorff-Schule (2017/2018). Auf der Zielgeraden sind wir mit der Generalsanierung der Achert-Schule und der Sanierung und dem Teilneubau beim Droste-Hülshoff-Gymnasium mit einem Volumen von weiteren 24 Millionen Euro. Während die Achert-Schule sehr früh im Jahr 2023 abschließend fertiggestellt werden wird, gehen wir beim Droste-Hülshoff-Gymnasium von einer Gesamt-Fertigstellung nach rund vierjähriger Bauzeit 2024 (2020–2024) aus.

Hierbei wird es aber nicht bleiben. Es wird stete Aufgabe sein, die bauliche Infrastruktur weiterzuentwickeln und in Schuss zu halten. Im Finanzplanungszeitraum wollen wir daher die Sanierung des Albertus-Magnus-Gymnasiums in Angriff nehmen. Eine erste Rate ist mit 2,4 Millionen Euro ab 2024 eingestellt, insgesamt wird mit Gesamtkosten von 8,2 Millionen Euro gerechnet.

Weitere Schulgebäude müssen und werden folgen. Hierfür ist aber zunächst Klarheit wichtig. Deshalb werden wir bereits im kommenden Jahr – parallel zu den laufenden Hochbaumaßnahmen – einen Sanierungsfahrplan für unsere weiteren Schulgebäude erarbeiten. Hierfür haben wir entsprechende Mittel bereitgestellt.

Aber nicht nur in die Schulgebäude wurde bzw. wird investiert. Über den Digitalpakt Schule haben wir 7,4 Millionen Euro für die Installation von WLAN und die Anschaffung von Tablets mobilisiert. Dazu kommen drei Stellen für die Medienkoordinatoren, um unsere Schulen fit für die Zukunft zu machen.

Vor eine nicht zu unterschätzende Herausforderung wird uns der Ausbau der Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich stellen. Der geschaffene Rechtsanspruch sieht eine verlässliche Ganztagesbetreuung, die ich im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für elementar halte, ab dem Schuljahr 2026/2027 für die 1. Klasse vor und wird bis zum Schuljahr 2029/2030 jeweils alle vier Grundschulklassen an allen unseren Grundschulen sukzessive umfassen. Hier gilt es zum einen, die baulichen Voraussetzungen zu schaffen und zum anderen, das erforderliche Personal – und zwar gut qualifiziertes Personal – zu gewinnen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für den Betreuungsbereich. In den letzten 10 Jahren wurden unter anderem für den Kindergarten Zepfenhan, für die Krippe Gölldorf, Krippe Neukirch, Krippe Eselsohr, Kindergarten Hochmauren, Kindergarten St. Maria Magdalena und für die Betreuungseinrichtungen der Kirchen 9 Millionen investiert. Dabei ist es gerade auch der Anspruch, Kindergärten in der Fläche, auch und gerade in den Ortschaften anzubieten, was sich nicht zuletzt im Anbau des Hausener Kindergartens Philipp Neri für eine U3-Gruppe zeigt, die wir im nächste Jahr einweihen werden können. Die Investition weiterer 18 Millionen folgen in den Jahren 2023 bis 2026. Geplant sind die Erweiterung der Krippe Sonnenhaus, drei Kindergartengruppen im Eselsohr, die Inbetriebnahme des Kindertagesstätte Schramberger Straße sowie die Sanierungen in Neufra, der Altstadt und im Himmelreich.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen aber, dass wir im Bereich der Kindergärten nicht nur in Steine investieren müssen, sondern auch in unser Personal. Natürlich, moderne Gebäude stellen auch zeitgemäße Arbeitsbedingungen sicher. Aspekte wie die Leitungsfreistellung oder ein im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Stipendium für Auszubildende sollen aber unsere Arbeitgeberattraktivität auch und gerade im Vergleich weiterhin stärken.

Sport

Die ABG-Halle steht nicht in städtischem Eigentum, sondern in dem des Landes. Und dennoch ist sie in vielfältiger Hinsicht von großer Bedeutung für das Sportangebot in der Stadt. Die Bausubstanz ist besorgniserregend. Wichtig ist mir, einen Zustand zu vermeiden, in welchem wir für eine möglicherweise geschlossene ABG-Halle noch keinen Ersatz geschaffen haben. Da die Sanierung der ABG-Halle für das Land wirtschaftlich nicht darstellbar ist, hat die Stadt einen Ersatzbau eingeplant, der für den Schul- und Vereinssport vorgehalten wird. Im Oktober hat sich der Gemeinderat für den Bau einer 2-Feld-Halle ausgesprochen und hat der Verwaltung zwei Prüfaufträge mitgegeben. Der erste Prüfauftrag besagt, zwei Flächen hinsichtlich Kosten, Planrecht und Zeitschiene weiter zu untersuchen. Es sind die Flächen zwischen der ABG-Halle und dem Hauptgebäude der Konrad-Witz-Schule bzw. die Fläche beim Albertus-Magnus-Gymnasium. Der zweite Prüfauftrag betrifft die Frage, ob an beiden Standorten eine Hallenanbau für Turngerätesport möglich wäre. Mit den Prüfergebnissen rechnen wir im 1. Halbjahr 2023. Bis 2025 haben wir insgesamt 7,4 Millionen Euro bereitgestellt. Zur Vermeidung eines oben beschriebenen hallenlosen Zustandes ist es dringend notwendig, nach Abschluss dieser beiden Prüfaufträge die notwendigen Beschlussfassungen herbeizuführen, um in die konkreten Planungen eintreten zu können.

Neu aufgenommen – und bislang wenig in der öffentlichen Diskussion beachtet – haben wir auch die Sanierung der Sporthalle in der Altstadt mit 1 Million Euro; Außenbauteile sind schlecht gedämmt. Darüber hinaus sind Elektrik und Sanitäranlagen veraltet.

Stadtmuseum

Für ein neues Stadtmuseum – zum Zustand des alten ist alles gesagt – liegen zwischenzeitlich Machbarkeitsstudien des Büros Lederer für vier verschiedenen Standorte vor: Obere Hauptstraße, Alte JVA, Alte Feuerwache und Altes Spital. Die Verwaltung wird nunmehr einen Vorschlag für das weitere Verfahren erarbeiten. Dieses wird sich auf den Standort im Alten Spital konzentrieren, um dort einen neuen Kulturraum zu entwickeln. Für die Weiterentwicklung der Konzeption und für weitere Untersuchungen werden Ihnen insgesamt 225.000 Euro vorgeschlagen.

Feuerwehr

Für die Feuerwehr sind im Finanzplanungszeitraum 3 Millionen Euro enthalten; zum einen 2 Millionen Euro für die Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und zum anderen 700.000 Euro für ein ergänzendes Warn-Notstromsystem bei Schadensereignissen. Jedes Feuerwehrhaus in den Ortschaften, in Bühlingen und in der Altstadt erhält ein Notstromaggregat und jeweils eine mobile Sirene. Zusätzlich werden wir uns auch wieder mit stationären elektronischen Sirenen ausstatten.

Tiefbau

Für **Straßen**baumaßnahmen sind insgesamt 21 Millionen Euro vorgesehen. Auch wenn zukünftig ein größeres Augenmerk auf die Entwicklung von Flächen im Innenbereich gelegt werden muss, dürfen wir die Ausweisung neuer Baugebiete nicht gänzlich aus den Augen verlieren. Deshalb investieren wir von den genannten 21 Millionen Euro auch 5 Millionen Euro in die Erschließung von Gewerbeflächen und Bauland – in der Kernstadt, aber auch in den Orts- und Stadtteilen. Genannt werden können hierbei die Alte Straße in Neukirch, das Hölzle in Bühlingen, Berland in Neufra, Immengärtle in Zepfenhan oder die Entwicklung im Bereich Hegneberg Nord. Die größten Straßenbaumaßnahmen sind die Fritz-Osterburg-Straße sowie die dringend erforderliche Sanierung des Heilig-Kreuz-Ortes.

Insgesamt stehen 80 **Brücken**bauwerke in unserer Baulast. Um auch in diesem Bereich – wir sprechen von einem sensiblen Bereich der Verkehrssicherheit – planvoll abschätzen zu können, welche Aufgaben zu welchem Zeitpunkt auf uns warten, haben wir sämtliche Brücken von einem Fachbüro untersuchen lassen und davon ausgehend eine Kategorisierung und Priorisierung vorgenommen. Das Fachbüro schätzt die Erhaltungskosten bis zum Jahr 2031 auf insgesamt 17,6 Millionen Euro. Im Finanzplanungszeitraum sind zehn Brücken mit 8 Millionen Euro vorgesehen. Davon zum Beispiel 4,5 Millionen Euro für die Brücke Duttenhofer Straße über die Bahnschienen, 920.000 Euro für den Fußgängersteig über die Schienen im Bereich der Spittelmühle oder 860.000 Euro für die Bahnbrücke bei der Neckarburg.

Die Sachstandsberichte im Oktober haben nochmals eindrucksvoll verdeutlicht, welch großer Erfolg unsere beiden **Sanierungsgebiete** sind. Der bewilligte Förderrahmen beim Sanierungsgebiet Innenstadt liegt bei 8,5 Millionen Euro und beim

Sanierungsgebiet „In der Au“ bei 1,3 Millionen Euro. Nachdem unsere Erhöhungsanträge bisher nicht voll bewilligt wurden, werden wir 2023 weitere Anläufe unternehmen, um diese Erfolgsgeschichte möglichst umfangreich fortzuschreiben.

Landesgartenschau 2028

Für die künftige Stadtentwicklung bietet die Landesgartenschau 2028 der Stadt eine einmalige Chance. Das Gesamtvolumen aller damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen beläuft sich auf 65 Millionen Euro. Wir sollten uns aber von dieser Betrachtungsweise freimachen, da sie bisweilen zu Missverständnissen oder gar Irritationen führt. Auf die Landesgartenschau im engeren Sinne, also auf das Kerngebiet, entfallen rund 20 Millionen Euro. Die darüberhinausgehenden Maßnahmen mit einem Volumen von rund 45 Millionen Euro ergänzen weitere Bereiche. Wir sprechen daher oft von „Sowieso-Maßnahmen“, also solchen, die auch ohne Landesgartenschau anfallen würden. Allein durch die Landesgartenschau haben wir aber überhaupt erst die Möglichkeit, bei den einschlägigen Fördertatbeständen – teilweise vorrangig – berücksichtigt zu werden. Die durchschnittliche und erwartete Zuschussquote liegt aktuell bei rund 50 Prozent. Eine Quote, die bei den 45 Millionen Euro der Sowieso-Maßnahmen, ohne die Landesgartenschau, bei weitem nicht erreicht werden würde.

Die Landesgartenschau wird ein steter Prozess einer integrativen Stadtentwicklung sein. Nachdem der landschaftsarchitektonische Wettbewerb dieses Jahr abgeschlossen werden konnte, wird dieser Plan nun kontinuierlich fortgeschrieben und konkretisiert. Dabei werden wir immer auch die Kostenseite und -entwicklung im Blick behalten. Einzelne Teilprojekte werden zeitnah und in bis 2028 immer kürzer werdenden Abständen aufgerufen und vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit und Dringlichkeit zur Umsetzbarkeit geprüft werden.

Dabei freue ich mich sehr, dass wir bei einem zentralen Teilprojekt, der Renaturierung des Neckars, den Landesbetrieb Gewässer an unserer Seite wissen, der hier die Umsetzung – gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Rathauses – vorantreibt. Ein Projekt, das sinnbildlich für die Entwicklung in unserem Landesgartenschau-Prozess steht, war es doch zu Beginn unseres Weges in dieser Dimension und Güte bei weitem nicht plan- und absehbar.

Nach der Landesgartenschau im engeren Sinne möchte ich auch einen Blick auf die Landesgartenschau im weiteren Sinne werfen. Dazu gehört für mich die Attraktivierung unserer Innenstadt. Wir sollten diesen Obersatz in den kommenden Jahren noch deutlicher herausstellen. Insofern haben wir Ihnen beispielsweise Mittel zur Bereitstellung vorgeschlagen, die eine Geschäftsgründung in der Innenstadt erleichtern, indem etwa die Stadt in Zwischenmiete von leerstehenden Verkaufsflächen geht oder einen Zuschuss für die Anmietung für bestimmte Zeit leistet. Aber auch das Thema Aufenthaltsqualität wird sich in verschiedensten Bereichen wiederfinden. Häufig sind diese eng vernetzt mit dem weiten Bereich der Mobilität, die wiederum keinen Halt an den Stadtmauern unserer Historischen Innenstadt macht und machen darf. Die Fortschreibung des Radwegekonzeptes ist deshalb ebenso Bestandteil des Haushaltsplanentwurfes wie die Forcierung des Parkhauses Zentrum. Für dieses ist ein Baubeginn noch im Jahr 2023 vorgesehen. Es wird die Attraktivität der Innenstadt als Südlichem Parkierungsschwerpunkt weiter steigern. Für mehr Aufenthaltsqualität wird auch die Attraktivierung des Friedrichsplatzes sorgen. Einig sind wir uns, dass die Busse hier nicht mehr zentral halten sollen. Die Frage des etwaigen Ersatzes werden wir zeitnah und zwar abschließend besprechen müssen. Gleichzeitig haben wir im Haushaltsplan auch Gelder für einen Verkehrsversuch für eine einseitige Sperrung des Friedrichsplatzes, also einer Einbahnregelung, eingestellt. Aus diesem versprechen wir uns wichtige Erkenntnisse für ein weiteres Vorgehen. Eine weitere Attraktivierung der Innenstadt, aber auch weit darüber hinaus, kann durch eine Verbesserung des ÖPNV erzielt werden. Dies betrifft ebenfalls zahlreiche Aspekte, die in diesem Haushaltsplan hinterlegt sind. Erwähnt seien hier etwa ein überdachter Zentraler Umsteigepunkt, bei dem die Überquerung einer befahrenen Straße obsolet wird und der mit digitaler Fahrgastinformation ausgestattet ist. Aber auch im Hinblick auf Taktung und Linien werden Optimierungen erforderlich. Eine zusätzliche Anbindung des Bereichs der Stadthalle an die Innenstadt mit einem regelmäßig verkehrenden Shuttle-Bus wird aus meiner Sicht erforderlich werden. Während der Bauzeit des Parkhauses Zentrum wird es notwendig sein, dass den Menschen, die mit dem Auto anreisen, eine alternative Parkierungsfläche angeboten wird, die sie aber gleichzeitig nicht von der Innenstadt abhängt.

Verwaltung/Personal

Seit Jahren wächst die Verwaltung infolge zusätzlicher Aufgaben wie durch die Digitalisierung an den Schulen oder im Rathaus selbst, aber auch ganz frisch beschlossen durch die Stelle eines Klimaschutzmanagers. Ich freue mich sehr, dass wir dadurch diesem Thema nun den entsprechenden Stellenwert einzuräumen im Stande sind. Im Hinblick auf die Digitalisierung und das Onlinezugangsgesetz machen wir gute Fortschritte. Der Gang aufs Rathaus wird den Bürgerinnen und Bürgern in vielen Bereichen erleichtert oder gar abgenommen. Erste erfolgreiche Schritte sind gemacht. Dennoch: Wir haben noch einige Hausaufgaben zu machen und müssen unsere Online-Bürgerdienste ständig weiter auszubauen. Wer nun aber glaubt, wir könnten durch die Digitalisierung kurzfristig und in großem Maße Stellenanteile einsparen, der glaubt – obwohl wir im Dezember sind – auch an den Osterhasen. Für eine ganze Weile wird die Aufrechterhaltung von Doppelstrukturen zu keiner wesentlichen Verbesserung führen. Anders als etwa Privatunternehmen handelt es sich bei einer Stadtverwaltung um Kernbereiche der Daseinsvorsorge, die jedermann zugänglich sein müssen – auch und gerade wenn man keine Gelegenheit hat, digital unterwegs zu sein.

Erhalt der Leistungsfähigkeit

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Aufgaben sind vielfältig. Die Rahmenbedingungen könnten in multipler Krisenlage nicht schwerer sein. Daher ist eine klare Prioritätensetzung wichtiger als je zu vor. Wir werden uns dabei immer stärker bewusst machen müssen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt begrenzt ist. Eine ehrliche wie vorausschauende Finanzpolitik sind weiterhin gefragt. Diese ehrliche und vorausschauende Prioritätensetzung erwarte ich aber auch von Bund und Land. Es ist daher nicht lediglich eine Frage des Taktes, sondern zwingende Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander, dass in den Parlamenten ein Verständnis dahingehend entsteht, dass Leistungen erst dann als Rechtsanspruch versprochen und zugesagt werden können, wenn deren Umsetzbarkeit und Finanzbarkeit geprüft und mit der erfüllenden politischen Ebene – den Städten und Gemeinden – vereinbart ist. Ich sehe unser verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Selbstverwaltung unterlaufen oder zusehends ausgehöhlt, wenn uns durch die fortwährende Aufgabenzuweisung jeglicher finanzieller Handlungsspielraum genommen wird, wenn wir nicht zeitgleich mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet

werden. Fehler, so hat es der Gemeindetag jüngst formuliert, in der Schrittfolge, wie zuletzt beim Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich, kann und darf es in der Zukunft nicht mehr geben.

Dank und Schluss

Der erste Dank, den ich aussprechen möchte, gilt dem zuständigen Fachbereichsleiter, Herrn Herbert Walter, der Ihnen im Anschluss gleich die Details erläutern wird. Mein Dank gilt ebenso Frau Heinze und Frau Hoffmann stellvertretend für die gesamte Kämmerei, die sicherlich die letzten Wochen alle Hände voll zu tun hatten und den Haushalt in bewährter Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachbereichen und Eigenbetrieben zusammengetragen haben.

Deswegen möchte ich auch den Kolleginnen und Kollegen im Hause im Übrigen für die Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes danken.

Ihnen, meine Damen und Herren des Rottweiler Gemeinderates danke ich für die Zusammenarbeit im nun bald vergangenen Jahr und hoffe auf ein weiterhin gutes Miteinander nach dem Jahreswechsel. Lassen Sie uns die Dinge angehen, lassen Sie uns Dinge ausprobieren. Nur so können wir in Rottweil etwas – gemeinsam und kreativ – bewegen.

Dem Haushaltsplan wünsche ich im neuen Jahr gute Beratungen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich für heute ein friedliches Weihnachtsfest und alles Gute für den nahenden Jahreswechsel! Vielen Dank!